



An die Mitglieder der  
SPD-Bundestagsfraktion

im Hause

Berlin, 5. April 2011

### **Bewertung des EU-Gipfels vom 24./25. März**

Liebe Genossinnen und Genossen,

der sogenannte „Frühjahrgipfel“ der Staats- und Regierungschefs stand abermals ganz im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Trotz wiederholter „Rettungsmaßnahmen“ konnte die Lage einiger in finanzielle Bedrängnis geratener Mitgliedstaaten nur vorübergehend verbessert werden. Die Politik hat noch keine umfassende Antwort auf die Herausforderungen geben können, was sich auch in der anhaltenden Nervosität der Märkte zeigt. So ist Portugal weiter unter Druck geraten. Es bleibt zudem nach wie vor unklar, wie Griechenland wieder nachhaltiges Wachstum erzielen kann, ob der vorläufige Stabilitätsmechanismus für weitere Notfälle ausreichend ist, wie das Problem unterkapitalisierter Banken gelöst werden kann und was aus der Beteiligung privater Gläubiger wird. Bei der überfälligen, von uns geforderten Koordination der Wirtschaftspolitik bleibt es bislang leider nur bei "Lippenbekenntnissen". Im Folgenden erläutern wir Euch die wichtigsten Beschlüsse:

1. Es wird ein permanenter Stabilitätsmechanismus/ESM errichtet, der ab Mitte 2013 die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität/EFSSF ablöst. Damit der Stabilitätsmechanismus tatsächlich 500 Mrd. Euro gewährleisten kann, wird ein Gesamtvolumen von 700 Mrd. Euro notwendig – davon 620 Mrd. Euro in Garantief orm und 80 Mrd. Euro als Bareinlage durch die Euro-Staaten. Der ESM soll lediglich ein „Ultima Ratio“-Mittel sein, d.h. dieser kann nur zur Geltung kommen, wenn seine jeweiligen Maßnahmen „zur Wahrung der Stabilität der Eurozone insgesamt unerlässlich“ sind. Hierfür müssen sich die Euro-Staaten einstimmig aussprechen, wobei auch „konstruktive Enthaltungen“ zur Aktivierung möglich sind.

Deutschland wird insgesamt für die Bareinlage des ESM ca. 22 Mrd. Euro in fünf Tranchen je 4,3 Mrd. Euro jährlich im Zeitraum 2013 bis 2018 einzahlen müssen. Dieser Trick der Kanzlerin soll dazu dienen, dass die versprochenen Steuersenkungen vor dem Wahljahr 2013 leichter machbar sind. Gleichzeitig wird aber die Zahlung weiter aufgeschoben.



Die für den Gipfel zudem vorgesehene Aufstockung der auf Mitte 2013 befristeten EFSF auf 440 Mrd. Euro wurde auf den Juni-Gipfel vertagt. Sie wird von der Bundeskanzlerin mit „Ertüchtigung“ umschrieben, da sie als Ziel hat, den bisherigen Gesamtumfang der EFSF auch tatsächlich mit bestem Rating zu gewährleisten. Es bleibt abzuwarten, ob in den nächsten Monaten noch andere Staaten – z.B. Portugal – unter den "Rettungsschirm" gehen und ob dies dann eine erneute Aufstockung der EFSF erforderlich macht.

2. Die Mitglieder der Eurozone und freiwillig sechs weitere EU-Staaten haben sich auf den „Euro Plus“-Pakt verständigt. Dieser Pakt wird von der Bundeskanzlerin als ein umfassender Ansatz der wirtschaftspolitischen Koordinierung zu verkaufen versucht. Das ist er leider nicht. Die ursprünglich als „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ vorgelegte Vereinbarung thematisiert zwar viele Felder der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die bisher der nationalstaatlichen Kompetenz unterliegen. Allerdings ist die Bundesregierung hier wenig ambitioniert. So fehlen nach wie vor soziale Mindeststandards oder Mindestlöhne in ganz Europa. Weder besteht Verbindlichkeit noch existieren Kontrollinstrumente. Wir müssen jetzt die Maßnahmen, die im Kontext des Paktes von der Bundesregierung vorgeschlagen worden sind, kritisch überprüfen. Die ohnehin vereinbarten Maßnahmen aus dem Nationalen Reformprogramm werden hier als etwas Neues dargestellt. Die Bundesregierung betreibt Etikettenschwindel, wenn sie das, was ihr Beitrag zur EU 2020 Strategie gewesen wäre, als ihre eigene Initiative darstellt.

3. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde verschärft, indem die Gesamtverschuldung der Euro-Länder nun stärker ins Auge gefasst wird. Zudem sollen künftig finanzielle Sanktionen bei Nichteinhaltung des Paktes greifen. Wir meinen: Die Haushaltskonsolidierung ist wichtig. Aber es ist ein Fehler, die Lösung der nationalen Verschuldungskrisen vorrangig darauf zu konzentrieren, wie es die konservative Seite vormacht. Staaten mit hohen Haushaltsdefiziten brauchen nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Auch die Handelsbilanz-Überschussländer wie Deutschland müssen im Rahmen der Krisenlösung ihren Beitrag leisten und beispielsweise Investitionen in Bildung und Forschung erhöhen sowie Mindestlöhne einführen. Die Koordinierung von makroökonomischen Ungleichgewichten mit einem so genannten "asymmetrischen Modell" lehnen wir ab.

Insgesamt wird deutlich, dass die Bundesregierung in der Europapolitik ziemlich versagt hat. Sie gestaltet nicht aktiv, sondern hinkt immer nur der Krise hinterher. Entweder zaudert die Kanzlerin oder sie verstört mit ihren unbestimmten Vorschlägen die Partner. Sie steht unter Kuratel ihrer Koalitionsfraktionen.

Mit dieser Bundesregierung gibt es keinen Pakt für Wachstum, Beschäftigung und soziale Stabilität. Ein Europäischer Währungsfonds und eine unabhängige europäi-



sche Ratingagentur werden ebenfalls nicht voran getrieben. Es fehlen in dem vom Europäischen Rat beschlossenen Paket viele wichtige Aspekte, auf die Peer Steinbrück bei seiner Rede am 24. März im Plenum zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin verwiesen hat: beispielsweise ein Rahmen für Bankenrestrukturierung und -insolvenz, die Finanzmarkttransaktionssteuer oder ein Umschuldungskonzept.

Mit dem von der Bundeskanzlerin favorisierten intergouvernementalen Ansatz macht sie Europa undemokratischer: Es mangelt an der notwendigen Einbindung von Europäischem Parlament und Deutschem Bundestag. Und Frau Merkel verweigert den Abgeordneten die gesetzlich vorgeschriebene umfassende und frühestmögliche Unterrichtung.

Selbstverständlich stehen wir Euch für weitere Informationen gerne zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüßen

Axel Schäfer

Michael Roth